



**Achtung:
Sozialer
Kahlschlag**
Gerechte Finanzpolitik
geht anders!

gerecht-
geht-
anders.de

ver.di



STAAT IN NOT

„Deutschland hat seit vielen Jahrzehnten über seine Verhältnisse gelebt“ – behauptet Kanzlerin Angela Merkel wo sie nur kann. Sie meint damit, der Staat gebe zu viel Geld aus. Gleichzeitig haben wir die Not des öffentlichen Gemeinwesens täglich vor Augen. Es fehlt an Lehrerinnen und Lehrern. Schulen, Hochschulen und andere öffentliche Gebäude sind in einem jämmerlichen Zustand. Millionen Kinder leben in Armut, weil die Hartz IV-Sätze nicht ausreichen. In einem der reichsten Länder der Welt kann der Staat die notwendigen öffentlichen Leistungen nicht mehr bezahlen.

Massive Steuerausfälle

Schuld daran sind vor allem Steuersenkungen. Sie haben allein in den letzten zehn Jahren zu Steuerausfällen von über 300 Milliarden Euro geführt. Profitiert haben Unternehmer, Vermögende, Spitzenverdiener und reiche Erben. Im Verhältnis zum Bruttoinlands-

produkt sanken die Einnahmen von Staat und Sozialversicherungen in den letzten zehn Jahren von über 46 Prozent auf nur noch 43 Prozent. Das bedeutet über 80 Milliarden Euro Einnahmen weniger pro Jahr. Zum Vergleich: Das Kürzungspaket der Bundesregierung soll 80 Milliarden Euro in der Summe von vier Jahren bringen, also ein Viertel dieser Ausfälle. Auch künftig sollen die Einnahmen auf niedrigem Niveau bleiben.



Ohne die Steuergeschenke der letzten zehn Jahre wären keinerlei „Sparpakete“ notwendig, nicht im Bund, nicht in Ländern und Gemeinden.

Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise kamen neue Herausforderungen auf den Staat zu. Von heute auf morgen wurden zur Rettung von Banken Milliarden bereit gestellt. Mit den durch die Krise verursachten Steueraus-

fällen und den Mehrausgaben durch die Konjunkturpakete stieg das Defizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen 2009 auf 80 Milliarden Euro.

2010 betrug das Defizit 90 Milliarden Euro – ein historischer Höchststand.

Sozialer Kahlschlag droht

Die hohe Neuverschuldung war zur Bekämpfung der Krise notwendig.

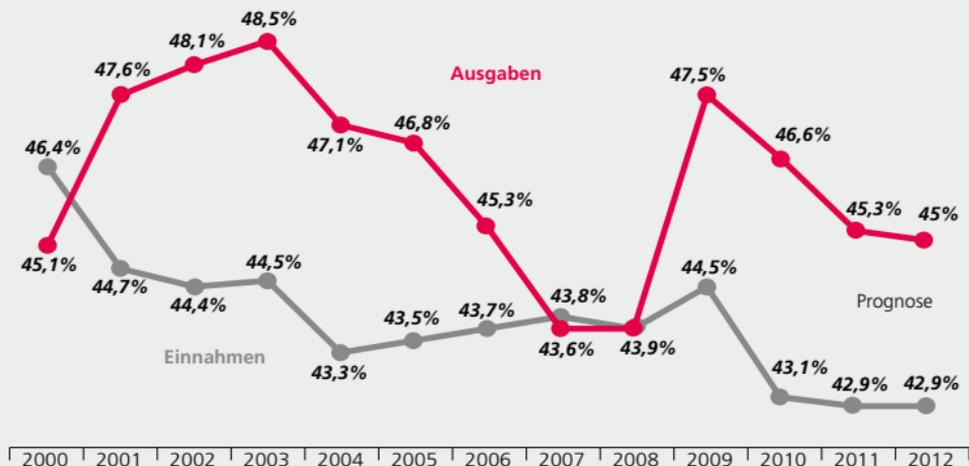
Jetzt werden die hohen Schulden zur Bedrohung. Denn der Weg zu einem längerfristigen und damit verträglichen Abbau ist verbaut. Durch die 2009 ins Grundgesetz

Um den Sozialstaat ausreichend zu finanzieren, müssen Reiche und finanzstarke Unternehmen wieder stärker in die Pflicht genommen werden.

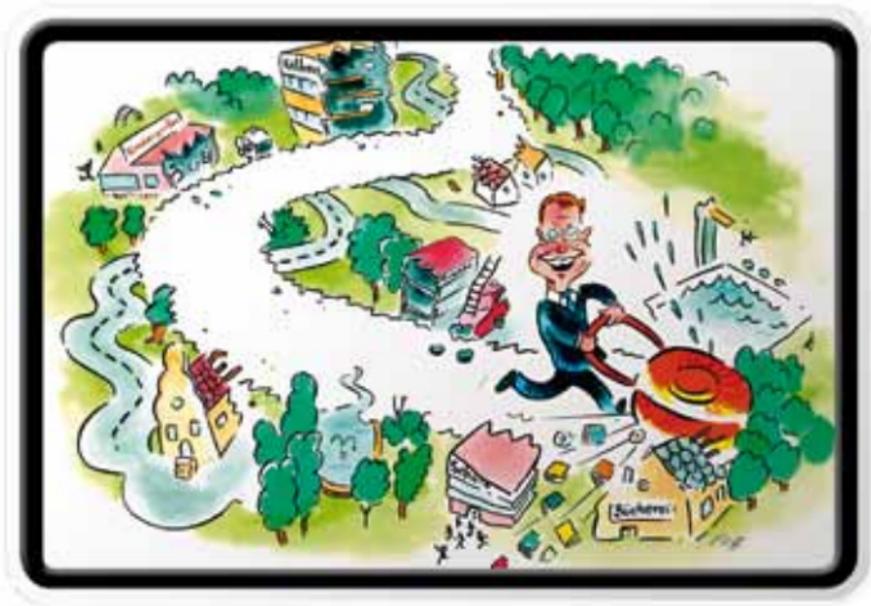


Sozialstaat in der Krise

Anteil von Staat und Sozialversicherungen am Bruttoinlandsprodukt



Seit 2000 sind die Einnahmen und Ausgaben gemessen an der Wirtschaftsleistung massiv reduziert worden. In der Krise sind die Ausgaben hochgeschwollen. Die Einnahmen sollen weiter auf niedrigem Niveau bleiben.
Quelle: Statistisches Bundesamt 2010 und DIW Wochenbericht 1-2/2011, eigene Berechnung



geschriebene Schuldenbremse haben sich die Politiker selbst Fesseln angelegt. Die Länder müssen die Neuverschuldung bis 2020, der Bund schon bis 2016 abgebaut haben.

Die Schuldenbremse wird zur Sozialbremse. Der soziale Kahlschlag verlängert die Krise.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will die Neuverschuldung vor allem mit Ausgabekürzungen abbauen. Deshalb droht in den nächsten Jahren ein massiver sozialer Kahlschlag. Die Bundesregierung hat bereits beim Elterngeld gekürzt. Der Heizkostenzuschuss bei Wohngeld wurde gestrichen. Die Rentenbeitragszahlungen und das Elterngeld für ALG II Beziehende wurden ebenfalls gestrichen. Gleiches gilt für den ALG II Zuschlag beim Übergang von ALG I. Die Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose wurden massiv gekürzt.



Im öffentlichen Dienst werden bis zu 15.000 Stellen gestrichen und beim Weihnachtsgeld für Beamte wird gekürzt.

Vermögende, reiche Erben und Bezieher hoher Einkommen werden völlig verschont. Dabei könnten sie höhere Belastungen verkraften, ohne ihre Ausgaben einzuschränken. Sozial- und Stellenkürzungen dagegen werden unmittelbar die Nachfrage schwä-

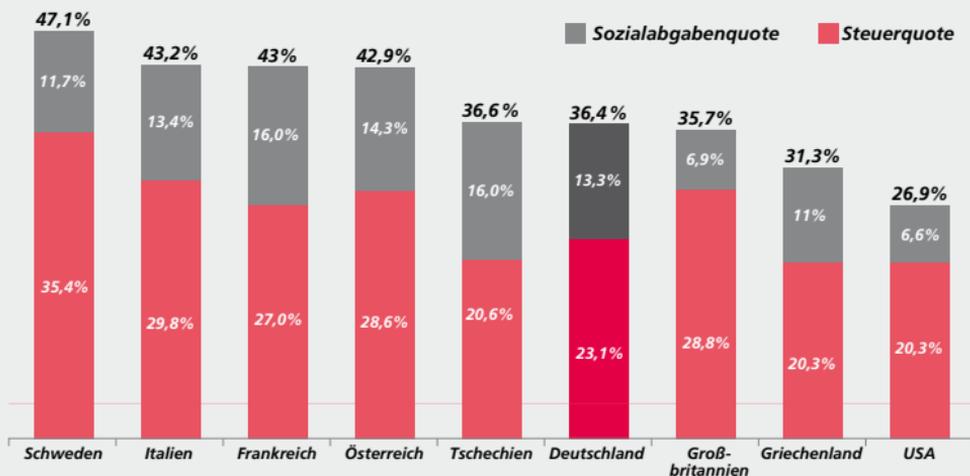
chen und damit die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Sozialstaat stärken und gerechte Steuern

Es gibt Alternativen zu dieser Politik. Wir wollen mehr und bessere öffentliche Bildungs- und Erziehungseinrichtungen. Eine bessere Pflege von Alten und Kranken mit guten Arbeits- und Einkommensbedingungen für die Beschäftigten, statt Unsicherheit

Steuer- und Abgabenquoten im Vergleich

2008, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Die Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen liegt in Deutschland deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Die Steuerbelastung von Vermögen und Gewinnen ist besonders niedrig.
Quelle: OECD, Revenue Statistics 2009

Ich möchte Mitglied werden ab: _____
Monat/Jahr**Persönliche Daten:**

Name _____

Vorname/Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon _____

E-Mail _____ Staatsangehörigkeit _____

Geschlecht weiblich männlich**Beschäftigungsdaten**

- Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellte/r
 Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

 Vollzeit Teilzeit _____ Anzahl Wochenst. Erwerbslos Wehr-/Zivildienst bis _____ Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____ Schüler/in-Student/in bis _____ Praktikant/in bis _____ Altersteilzeit bis _____ Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer im Betrieb _____

PLZ _____ Ort _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

 ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Tarifvertrag/Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgr. _____

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____

regelm. monatl. Bruttoverdienst Euro _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

zur Monatsmitte zum Monatsende monatl. halbjähr. vierteljährl. jährlich

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name Kontoinhaber/in (bitte in Druckbuchstaben) _____

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen.

* (nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Personalnummer (nur für Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren) _____

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr**Monatsbeitrag:** Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes.

Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____

Datum _____ Unterschrift _____

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Telefon _____

Mitgliedsnummer _____



und Hungerlöhnen. Gute Renten und eine Arbeitslosenunterstützung, die ein menschenwürdiges Leben und die Aufrechterhaltung des erarbeiteten Lebensstandards möglich machen.

Mit dem *Konzept Steuergerechtigkeit* von ver.di kann diese Alternative auch finanziert werden. ver.di schlägt die Anhebung des Höchststeuersatzes auf 50 Prozent vor. Steuerzahler mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen oberhalb 63.600 Euro – das entspricht einem Bruttolohn oder -gehalt von über 71.000 Euro – werden stärker belastet. Alle, die weniger zu versteuern haben, werden entlastet. Finanzstarke Unternehmen sollen wieder mehr Steuern zahlen.

Die Gewerbesteuer soll erhalten und gestärkt und der Körperschaftsteuersatz auf 30 Prozent angehoben werden. Zudem müssen

Steuerschlupflöcher geschlossen werden und Steuerhinterziehung stärker bekämpft werden.

Alleine die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und eine höhere Besteuerung von großen Erbschaften bringen Mehreinnahmen von 26 Milliarden Euro. Spekulanten sollen mit einer Steuer auf Finanztransaktionen zur Kasse gebeten werden.



Gerechte Steuern und die Stärkung der Staatseinnahmen sichern unsere Zukunft.

Mit der Umsetzung der Forderungen im Konzept Steuergerechtigkeit von ver.di können die Einnahmen des Staates um rund 75 Milliarden Euro pro Jahr erhöht werden. Damit würde Deutschland gerade einmal das Einnahmenniveau anderer europäischer Staaten erreichen.

Wir müssen verhindern, dass der Sozialstaat ruiniert wird, um die Reichen verschonen zu können. Vermögende, Personen mit hohen Einkommen und finanzstarke Unternehmen müssen wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls herangezogen werden. ver.di tritt für ein Steuerkonzept ein, das die Staatsfinanzen stärkt und mehr Steuer-gerechtigkeit schafft.

ver.di fordert:

- ▲ Die Einnahmen des Staates müssen deutlich verbessert werden;
- ▲ die Schuldenbremse darf nicht zur Sozialbremse werden;
- ▲ der Höchststeuersatz bei der Einkommensteuer muss wieder erhöht, eine Vermögensteuer wieder eingeführt, große Erbschaften stärker besteuert werden;
- ▲ die Spekulanten müssen mit einer Finanztransaktionsteuer zur Kasse gebeten werden; Steuerhinterziehung muss wirksamer bekämpft werden.

Mehr Infos: www.gerecht-geht-anders.de

IMPRESSUM:

ver.di –

**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Ressort 1, Wirtschaftspolitik
Paul-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin**

Verantwortlich: Frank Bsirske

Bearbeitung: Ralf Krämer, Dr. Sabine Reiner,
Dr. Norbert Reuter, Anita Weber

Gestaltung: Hansen Kommunikation, Köln

Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

W-3014-34, Januar 2011

www.wipo.verdi.de



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**